

Kassel, 08.04.2009

Niederschrift

über die 31. öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am
Montag, 30.03.2009, 16.00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser eröffnet die mit der Einladung vom 19. März 2009 ordnungsgemäß einberufene 31. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Nachfolgende Tagesordnungspunkte werden abgesetzt:

Auf Wunsch der Antrag stellenden Fraktion werden die Tagesordnungspunkte

11. Migrant/innen für Berufstätigkeit in der Stadtverwaltung
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.16.1091 -
- und
13. Fest der Kulturen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1184 -

wegen Abwesenheit der Berichterstatterin heute von der Tagesordnung abgesetzt.

Tagesordnungspunkt

26. Neuregelung von Plakatwerbung bei Wahlkämpfen
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.1210 -

In der Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung am 19. März 2009 nicht abschließend behandelt.

Anträge zur Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser beantragt, Tagesordnungspunkt

36. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 (Erste Änderung)

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1249 -

der Tagesordnung II heute in der Tagesordnung I mit Aussprache zu behandeln.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag Tagesordnungspunkt 36 der Tagesordnung II heute in der Tagesordnung I mit Aussprache zu behandeln wird **zugestimmt**.

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser stellt fest, dass er den Tagesordnungspunkt nach Tagesordnungspunkt 9 aufrufen wird.

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser beantragt für den Magistrat die Erweiterung der Tagesordnung I um den Antrag des Magistrats betr. Finanzierung, Abriss und Neubau der Haupttribüne des Auestadions, 101.16.1271.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO I um den Antrag des Magistrats betr. Finanzierung, Abriss und Neubau der Haupttribüne des Auestadions, 101.16.1271, wird **zugestimmt**.

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser stellt fest, dass er den Tagesordnungspunkt nach Tagesordnungspunkt 36 aufrufen wird.

Stadtverordneter Schöberl beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um den

gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Grüne und FDP betr. Jobcenter, 101.16.1276.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO I um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Grüne und FDP betr. Jobcenter, 101.16.1276, wird **zugestimmt**.

Der Tagesordnungspunkt wird nach Tagesordnungspunkt 12 aufgerufen.

Fraktionsvorsitzender Domes beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Kommunal-Kombi – die Umsetzung absichern und verbessern, 101.16.1283.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO I um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Kommunal-Kombi – die Umsetzung absichern und verbessern, 101.16.1283, wird **abgelehnt**.

Auf Antrag von Stadtverordneten Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG, wird über den Antrag des Magistrats auf Behandlung von Tagesordnungspunkt

42. Erbbaurechtsangelegenheit in der Gemarkung Kassel

Vorlage der Grundstückskommission

- 101.16.1230 -

in nicht öffentlicher Sitzung im Rahmen der Tagesordnung I vor Aufruf der Tagesordnung II entschieden. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser stellt die geänderte Tagesordnung fest.

Tagesordnung I

1. Einführung eines Stadtverordneten

Für die ausgeschiedene Stadtverordnete Heidrun Goebel-Feußner, Mitglied der FDP-Fraktion, ist entsprechend des Wahlvorschlages der FDP für die Kommunalwahl am 26. März 2006 Herr Michael Knab mit Wirkung vom 18. März 2009 nachgerückt.

2. Mitteilungen

1. Als Wahlleiter für die **Wahl der Mitglieder und persönlichen Stellvertreter/-innen für die Betriebskommission „Die Stadtreiniger Kassel“** stellt Stadtverordnetenvorsteher Kaiser das Ausscheiden von Frau Heidrun Goebel-Feußner und ihres persönlichen Vertreters, Stadtverordneter André Lippert, fest. Entsprechend dem Wahlvorschlag der FDP-Fraktion vom 04.05.2006 zur Wahl rückt
als **Mitglied**
Stadtverordnete Gisela Schmidt,
und als ihr persönlicher **Vertreter**
Stadtverordneter Frank Oberbrunner,
nach.
2. Als Wahlleiter für die **Wahl der Mitglieder und persönlichen Stellvertreter/-innen der Stadt Kassel in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Raum Kassel** stellt Stadtverordnetenvorsteher Kaiser das Ausscheiden von Frau Heidrun Goebel-Feußner und ihrer persönlichen Vertreterin, Stadtverordnete Gisela Schmidt, fest. Entsprechend dem Wahlvorschlag der FDP-Fraktion vom 04.05.2006 rückt
als **Mitglied**
Stadtverordneter André Lippert,
und als sein persönlicher **Vertreter**
Stadtverordneter Frank Oberbrunner,
nach.

3. Vorschläge der Ortsbeiräte

Es liegen keine Vorschläge von Ortsbeiräten vor.

4. Fragestunde

Die Fragen Nr. 418 bis 429 sind behandelt. Die Fragen Nr. 430 bis 436 werden für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. Mai 2009 vorgemerkt.

Zur Nachfrage von Stadtverordneten Kortmann zu der Frage Nr. 419 „Wann ist mit einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu rechnen?“ sagt Stadtbaurat Witte zu, sobald er etwas erfährt, diese Antwort schriftlich nachzureichen.

Auf die Nachfrage zu der Frage Nr. 425 von Stadtverordneten Lippert „Was heißt konkret Kategorie 3 und können Sie eine Einschätzung in zeitlicher Hinsicht geben, was so eine Realisierung dann an Zeit benötigen würde?“ sagt Stadtbaurat Witte zu, beim Land nachzufragen und eine Antwort schriftlich nachzureichen.

5. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XVIII - Kassel-Waldau -
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1222 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn
Norbert Hampel, geb. 31.08.1942 in Kassel
Beruf: Techn. Betriebsleiter, wh. Waitzstraße 19 A
in 34123 Kassel als Schiedsperson für den Bezirk XVIII
- Kassel-Waldau - für eine weitere Amtsperiode.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl einer Schiedsperson für den
Bezirk XVIII - Kassel-Waldau -, 101.16.1222, wird **zugestimmt**.

6. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XIV - Kassel-Wesertor -
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1223 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn
Christian Bruno Klobuczynski, geb. 26.06.1966 in
Kassel, Beruf: Sozial- und Gesellschaftswissenschaftler
(Freiberufler), wh. Kellermannstraße 12 in 34125 Kassel
als Schiedsperson für den Bezirk XIV - Kassel-Wesertor -
für eine weitere Amtsperiode.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XIV - Kassel-Wesertor -, 101.16.1223, wird **zugestimmt**.

7. Neuwahl von Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Kassel I Vorlage des Magistrats - 101.16.1224 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung schlägt dem
Präsidenten des Amtsgerichts Kassel
Frau Helga Wurbs, geb. 28.08.1941 in Kassel
Wohnung: 34125 Kassel, Im Eichenhof 30
Beruf: Rentnerin
zur Ernennung als Ortsgerichtsschöffin für das Ortsgericht Kassel I vor.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Neuwahl von Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Kassel I, 101.16.1224, wird **zugestimmt**.

8. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XVII - Kassel-Forstfeld - Vorlage des Magistrats - 101.16.1244 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt
Herrn Uwe Bartel, geb. 03.03.1957 in Kassel

Beruf: Kaufmann, wh. Eschenweg 1 in
34123 Kassel als Schiedsperson für den Bezirk XVII
- Kassel-Forstfeld - für eine weitere Amtsperiode."

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl einer Schiedsperson für den
Bezirk XVII - Kassel-Forstfeld -, 101.16.1244, wird **zugestimmt**.

9. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/33 „Samuel-Beckett-Anlage“ (Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung)

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1236 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/33 "Samuel-Beckett-Anlage" wird
zugestimmt.

Die Behandlung der Anregungen und Bedenken gemäß Ziffer 1 - 9 wird zur
Kenntnis genommen.

Die Begründung wird wie folgt geändert:

- In Kapitel 3.1 wird der Text „Flächennutzungsplan“ aktualisiert.

- In Kapitel 3.3 wird ein Absatz zum Thema „Grundwasserschutz“ eingefügt.

Der Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/33 "Samuel-Beckett-Anlage" wird
nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr.
II/33 „Samuel-Beckett-Anlage“ (Behandlung der Anregungen und
Beschlussfassung als Satzung), 101.16.1236, wird **zugestimmt**.

36. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 (Erste Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1249 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 (Erste Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

➤ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Artikel 1 der Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 wird wie folgt ergänzt:

§ 16 erhält folgende Fassung:

„Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft; sie tritt am 30.06.2013 außer Kraft.

Mit Inkrafttreten dieser Satzung tritt die Straßenbeitragssatzung vom 16.12.1985 mit nachfolgender Ausnahme außer Kraft. Für bereits vor Inkrafttreten dieser Satzung begonnene und noch nicht abgeschlossene Um- oder Ausbaumaßnahmen gelten die Regelungen über die Beitragserhebung der alten Satzung vom 16.12.1985 fort, **soweit sich nicht nach der neuen Satzung eine geringere Beitragserhebung ergibt.**

...“

➤ **Durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 (Erste Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen **und in der im Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung am 19.03.2009 erarbeiteten Fassung.**“

Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, beantragt den Antrag des Magistrats und den Änderungsantrag der CDU-Fraktion erneut zur Beratung in den Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung zu überweisen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion auf Überweisung des Antrages des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29.03.2004 (Erste Änderung), 101.16.1249, und des Änderungsantrages der CDU-Fraktion in den Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung wird zugestimmt.

Erneute Überweisung in den Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung

9.1 Finanzierung, Abriss und Neubau der Haupttribüne des Auestadions

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1271 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Für den Abriss und den Neubau der Haupttribüne des Auestadions werden überplanmäßig Mittel in Höhe von 7.500.000,00 € bereitgestellt. Dafür werden bei folgenden Investitionsnummern Ansätze und Verpflichtungsermächtigungen gesperrt:

- | | | |
|-------------------------------|----------------|---|
| 1. Ansatz | 1.700.000,00 € | Allgemeine Investitionspauschale
Investitionsnummer 900 9901 400,
Sachkonto 365 001 110,
Kostenstelle 900 00 010 |
| 2. Verpflichtungsermächtigung | 1.950.000,00 € | Schule Schenkelsberg,
Neubau
Investitionsnummer 650 0305 100,
Sachkonto 053 010 001
Kostenstelle 650 00 101 |

- | | | | |
|----|----------------------------|----------------|---|
| 3. | Verpflichtungsermächtigung | 2.540.000,00 € | Generalsanierung
2. Berufsschulzentrum,
Max-Eyth-Schule,
Sanierung
Investitionsnummer 650
0394 100,
Sachkonto 053 010 001
(2.340.000 €) |
| | | | Sachkonto 084 000 001
(200.000 €)
Kostenstelle 650 00 101 |
| 4. | Verpflichtungsermächtigung | 1.000.000,00 € | Berufsfeuerwehr,
Baukosten
Investitionsnummer 650
0115 101,
Sachkonto 053 600 001
Kostenstelle 650 00 101 |
| 5. | Verpflichtungsermächtigung | 310.000,00 € | Generalüberhol. v.
Sportanlagen -Baul. Verb.
Sporthalle Waldau,
Dachsanierung
Investitionsnummer 650
4503 200,
Sachkonto 053 300 001
Kostenstelle 650 00 201.“ |

Fraktionsvorsitzender Domes, Kasseler Linke.ASG, beantragt die Überweisung des Antrages des Magistrats betr. Finanzierung, Abriss und Neubau des Auestadions in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen sowie in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der **Geschäftsordnungsantrag** der Fraktion Kasseler Linke.ASG auf Überweisung des Antrags des Magistrats betr. Finanzierung, Abriss und Neubau der Haupttribüne des Auestadions, 101.16.1271, in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen sowie in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr wird **abgelehnt**.

Stadtbaurat Witte begründet den Antrag des Magistrats. Es schließt sich eine intensive Beratung an.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Finanzierung, Abriss und Neubau der Haupttribüne des Auestadions, 101.16.1271, wird **zugestimmt**.

10. Petition Leere Kassen - Calden lassen in der Stadtverordnetenversammlung behandeln

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.970 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

die Massenpetition ‚Leere Kassen –Calden lassen‘ von 10.100 BürgerInnen im nächsten Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu diskutieren und eine Empfehlung zum Petitionsinhalt: „Die Stadt Kassel soll den Gesellschaftervertrag der Flughafen GmbH Kassel (FGK) kündigen und ihren Gesellschafteranteil vorrangig auf das Land Hessen übertragen“ für die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zu erarbeiten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG,
Stadtverordnete Häfner und Yildirim

Ablehnung: SPD, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Petition Leere Kassen - Calden lassen in der Stadtverordnetenversammlung behandeln, 101.16.970, wird **abgelehnt**.

11. Migrant/innen für Berufstätigkeit in der Stadtverwaltung

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.16.1091 -

Abgesetzt

12. Umsetzung des Nationalen Integrationsplans

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, Grüne, FDP und Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1095 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt und unterstützt die Zielsetzung des Nationalen Integrationsplans und setzt sich für die Übertragung der Selbstverpflichtungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände auf die Stadt Kassel ein.

Der Magistrat wird dazu gebeten:

1. Der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, welche der in den Selbstverpflichtungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände genannten Bereiche bereits in Kassel umgesetzt werden.
2. Ein Konzept zu entwickeln, wie die genannten Empfehlungen auf die spezielle Situation in Kassel übertragen werden können.
3. Zu prüfen, wie insbesondere die im Nationalen Integrationsplan genannten strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen (Gesamtstrategie, Moderation, Koordination, Vernetzung, Evaluation) in Kassel geschaffen werden können.

Fraktionsvorsitzender Frankenberger begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG und FDP. Herr Saygin, Vorsitzender des Ausländerbeirats, gibt eine Stellungnahme aus Sicht des Ausländerbeirates ab.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG und FDP betr. Umsetzung des Nationalen Integrationsplans, 101.16.1095, wird **zugestimmt**.

12.1 Jobcenter

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Grüne und FDP
- 101.16.1276 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich schnellstmöglich sowohl über den Deutschen Städtetag wie auch direkt bei den Akteuren auf Bundesebene für eine verlässliche Perspektive für die Jobcenter einzusetzen.

Der zwischen dem Bundesarbeitsministerium und allen 16 Bundesländern gefundene Kompromiss zur Änderung des Grundgesetzes, als auch der Gesetzentwurf für eine Ausgestaltung der Zusammenarbeit in den Arbeitsgemeinschaften muss weiterverfolgt und beschlossen werden.

Dabei ist

- das Prinzip der Leistungsgewährung aus einer Hand
 - die Sicherung von kommunalem Einfluss
 - die Kontinuität bei der Leistungsgewährung und Förderung im SGB II
- sicher zu stellen.

Stadtverordneter Schöberl, Fraktion B90/Grüne, begründet den heute zur Sitzung eingebrachten gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, B90/Grüne und FDP.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
abwesend: Stadtverordneter Häfner
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, B90/Grüne und FDP betr. Jobcenter, 101.16.1276, wird **zugestimmt**.

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 42 bittet Stadtverordnetenvorsteher Kaiser die anwesenden Gäste den Raum zu verlassen, da bereits die Beratung des Antrages auf Behandlung des Punktes in nicht öffentlicher Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen muss.

Nach Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung gibt Stadtverordnetenvorsteher Kaiser in öffentlicher Sitzung bekannt, dass der Tagesordnungspunkt

- 42. Erbbaurechtsangelegenheit in der Gemarkung Kassel**
Vorlage der Grundstückskommission
- 101.16.1230 -

in nicht öffentlicher Sitzung behandelt wird. Siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von 20:45 Uhr bis 21:02 Uhr.

- 13. Fest der Kulturen**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1184 -

Abgesetzt

- 14. Stand der Regionalreform Kassel**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.1187 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

- 15. Ganztagsgrundschulen**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1188 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

16. Fortschreibung des Gebäudesanierungs- sowie des Gebäudeneubauprogramms

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1199 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

17. Stromeffizienzkampagne

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1209 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

18. Finanzieller Zuschuss für Jugendliche in Karnevalsvereinen

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1219 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

19. Anpassung der Regelleistungen für Kinder und Jugendliche im SGB II und SGB XII

Gemeinsamer Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG und des Stadtverordneten Häfner (FWG)
- 101.16.1221 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

20. Reduzierung der Abfallentsorgungsgebühren

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.1225 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

21. **Petition "Verfahren zum Ausbau von Straßen" im Stadtparlament behandeln**

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1237 -

**Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.**

Tagesordnung II (ohne Aussprache)

22. **Anlaufstelle für Alleinerziehende und Frauen bei Trennung/Scheidung**

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.16.1140 -

➤ **Geänderter Antrag vom 19.03.2009**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept für **ein niedrigschwelliges Beratungsangebot** für Alleinerziehende **und bei** Trennung / Scheidung zu entwickeln.

Dabei sollen die internen und externen Angebote der Stadt Kassel zusammen fließen, um Synergieeffekte zu erzielen.

Dabei ist zu prüfen, in wie weit die verschiedenen Ämter / Institutionen sich **in dieses Konzept** einbringen können.

Folgendes soll berücksichtigt werden:

- Bedarfserhebung mit Zahlen und Fakten
- Vorhandene Angebote
- Eine verwaltungsinterne Vernetzung der verschiedenen Ämter/Abteilungen, wie Sozial-, Wohnungs- und Jugendamt sowie Schuldnerberatung, Arbeitsförderung der Stadt Kassel (AfK)
- Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit
- Maßnahmen für den „Wiedereinstieg in den Beruf“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Stadtverordnete
Yildirim und Häfner

Ablehnung: FDP

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag vom 19.03.2009 der SPD-Fraktion betr.
Anlaufstelle für Alleinerziehende und Frauen bei Trennung/Scheidung,
101.16.1140, wird **zugestimmt**.

23. Ökologische Siedlung auf dem Gelände der ehemaligen Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Oberzwehren

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1176 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten, das Land Hessen aufzufordern, auf die landeseigene Hessische Landgesellschaft (HLG) in der Weise einzuwirken, dass die Grundstücke der ehemaligen Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau des Landes Hessen im Stadtteil Oberzwehren gemeinsam mit der Stadt Kassel entwickelt und vermarktet werden und die HLG das Modellprojekt unterstützt. Ziel ist die Entwicklung eines ökologischen Baugebietes mit hoher städtebaulicher und architektonischer Qualität sowie die Umsetzung von zukunftsfähigen energetischen Lösungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Stadtverordnete
Häfner und Yildirim

Ablehnung: Kasseler Linke.ASG, FDP

Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Ökologische Siedlung auf dem Gelände der ehemaligen Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Oberzwehren, 101.16.1176, wird **zugestimmt**.

24. Auflistung Ausgaben für Schulneubau- und Sanierungsmaßnahmen

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1200 -

Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, alle Ausgaben für Neubau- und Sanierungsmaßnahmen an Kasseler Schulen der Jahre **1997 bis 2008**, **basierend auf EDV**, nach Schulform sortiert aufzulisten. Über das Ergebnis ist im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, FDP, Stadtverordnete Häfner und Yildirim
Ablehnung: SPD
Enthaltung: B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Auflistung Ausgaben für Schulneubau- und Sanierungsmaßnahmen, 101.16.1200, wird **zugestimmt**.

- 25. Antrag der Mönchebergschule, Förderschule für Lernhilfe der Stadt Kassel, auf Einrichtung einer „Schule mit pädagogischer Mittagsbetreuung“ zum Schuljahr 2009/10**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1202 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Einrichtung einer „Schule mit pädagogischer Mittagsbetreuung“ an der Mönchebergschule, Förderschule für Lernhilfe, zum Schuljahr 2009/10 wird **zugestimmt**.”

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Antrag der Mönchebergschule, Förderschule für Lernhilfe der Stadt Kassel, auf Einrichtung einer „Schule mit pädagogischer Mittagsbetreuung“ zum Schuljahr 2009/10, 101.16.1202, wird **zugestimmt**.

- 26. Neuregelung von Plakatwerbung bei Wahlkämpfen**
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.1210 -

Abgesetzt

27. Fachgespräch Feinstaub

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1212 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

In einem Fachgespräch im Ausschuss soll erörtert werden, wie die Vorgaben der Luftreinhaltelinie bezüglich Feinstaub und NO₂ zuverlässig eingehalten werden können.

Zu diesem Fachgespräch sollen eingeladen werden;

ein(e) Vertreter(in) des Magistrats
ein(e) Vertreter(in) der Landesregierung
ein(e) Vertreter(in) der HLUG
ein(e) Vertreter(in) des Fachbereichs Meteorologie des UniK
ein(e) Vertreter(in) des Fachbereichs Verkehr der UniK
ein(e) Vertreter(in) der örtlichen Schornsteinfegerinnung
ein(e) Vertreter(in) der Stadt Stuttgart

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP,
Stadtverordnete Häfner und Yildirim

Ablehnung: CDU

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr.
Fachgespräch Feinstaub, 101.16.1212, wird **zugestimmt**.

28. Solarhaus

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1213 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, sich beim Bundesbauministerium dafür einzusetzen, dass das unter Leitung von Professor Manfred Hegger errichtete Solarhaus, das derzeit in München gezeigt wird, auch in Kassel an prominenter Stelle präsentiert werden kann.

Ein inhaltlicher und zeitlicher Zusammenhang mit dem World Solar Congress, der 2011 in Kassel stattfindet, bietet sich an.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr.
Solarhaus, 101.16.1213, wird **zugestimmt**.

29. Rechtsmittel im Anliegerbeiträgeverfahren zurücknehmen, tragfähige dauerhafte Lösung herstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1216 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- das Rechtsmittel in dem Verwaltungsstreitverfahren gegen Anlieger des Eisenbahnwegs zurückzunehmen und das zweitinstanzliche Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 26.11.2008 – 5 UE 291/07 – für alle Anlieger zu akzeptieren;
- mit den Nachbargemeinden, mit denen gemeinsame Grenzstraßen bestehen, Regelungen zu treffen, die die Straßenbaulasten und Unterhaltungskosten in einer Weise aufteilen, die eine Benachteiligung der Anlieger von Grenzstraßen ausschließt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Rechtsmittel im Anliegerbeiträgeverfahren zurücknehmen, tragfähige dauerhafte Lösung herstellen, 101.16.1216, wird **abgelehnt**.

30. Raumbedarfs- und Nutzungskonzept für die Städtische Verwaltung

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.1220 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt für die Städtische Verwaltung ein **Raumbedarfs-** und **Nutzungskonzept** zu erstellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: SPD, CDU

Enthaltung: B90/Grüne, Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Der geänderte Antrag der FDP-Fraktion betr. Raumbedarfs- und Nutzungskonzept für die Städtische Verwaltung, 101.16.1220, wird **abgelehnt**.

31. Bericht über den Verfahrensstand Hallenbadneubau

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1228 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, vor Eröffnung des Ausschreibungsverfahrens für einen Hallenbadneubau am Auedamm im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr über den Stand der Planung zu berichten.

Insbesondere ist zu folgenden Punkten zu berichten:

1. Baugrunduntersuchung am geplanten Standort, notwendige Maßnahmen zur Gründung und Auftriebssicherung, sowie die zu erwartenden Mehrkosten für diese Maßnahmen
2. Maßnahmen zur Hochwassersicherung sowie die Kostenschätzung für die Hochwassersicherung
3. Maßnahmen zur verkehrlichen Erschließung des Standorts, insbesondere durch den ÖPNV und die zu erwartenden Kosten

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird wie folgt geändert:

Der Magistrat wird beauftragt, **im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen** über den Stand der Planung für einen **Badneubau** am Auedamm zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordnete Häfner
und Yildirim

den

Beschluss

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Bericht über den Verfahrensstand Hallenbadneubau, 101.16.1228, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, **im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen** über den Stand der Planung für einen **Badneubau** am Auedamm zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Stadtverordneter Häfner

den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Bericht über den Verfahrensstand Hallenbadneubau, 101.16.1228, wird **zugestimmt**.

- 32. Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2009; - Liste 2/2009 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1231 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 f Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 2/2009 enthaltene Mehraufwendung/-auszahlung (wirkt sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2009 wie eine über- und außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung aus)
im Finanzhaushalt in Höhe von 55.000,00 €.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 114 f Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2009; - Liste 2/2009 -, 101.16.1231, wird **zugestimmt**.

- 33. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II / 40 „Ortelsburger Straße“ (ehemalige Landesfeuerweherschule) (Aufstellungsbeschluss)**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1234 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Für das Gebiet der ehemaligen Landesfeuerweherschule an der Ortelsburger Straße/Ecke Sternbergstraße und das angrenzende Schulgrundstück soll ein Bebauungsplan gemäß § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt werden.“

Ziel der Planung ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung von Wohnbauland und die Standortsicherung für die vorhandene Schulnutzung zu schaffen.

Das Verfahren wird gem. § 13 a Baugesetzbuch im beschleunigten Verfahren ohne Umweltbericht durchgeführt.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II / 40 „Ortelsburger Straße“ (ehemalige Landesfeuerwehrschule) (Aufstellungsbeschluss), 101.16.1234, wird **zugestimmt**.

- 34. Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Naherholungsgebiet Fuldaaue (Fuldaauen-Ordnung)**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1239 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Naherholungsgebiet Fuldaaue (Fuldaauen-Ordnung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Naherholungsgebiet Fuldaaue (Fuldaauen-Ordnung), 101.16.1239, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Naherholungsgebiet Fuldaaue (Fuldaauen-Ordnung) wird wie folgt ergänzt:

§ 5 Verbote

- (1) Das Reiten ist nicht gestattet.
- (2) Das Campieren zum Zwecke von Übernachtungen ist nicht gestattet.
- (3) Das Konsumieren von alkoholischen Getränken außerhalb der Lokalbereiche ist nicht gestattet.**

...

§ 9 Lagerfeuer und Grillen

Das Entzünden von offenen Feuern ist verboten. Grillen ist nur außerhalb des Uferbereichs jenseits des jeweils ersten Landweges **und nur an den dafür ausgewiesenen Grillstellen** erlaubt; ...

...

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

...

- 5. entgegen § 5 Abs. 3 im Gebiet der Fuldaaue alkoholische Getränke konsumiert;**
- ...
10. entgegen § 9 offenes Feuer entzündet, innerhalb des Uferbereichs, **außerhalb der ausgewiesenen Grillstellen** oder auf anderen als handelsüblichen Geräten grillt, oder wer Glut und Ascherückstände nicht sorgfältig löscht und beseitigt;

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG,
FDP, Stadtverordnete Yildirim
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Naherholungsgebiet Fuldaaue (Fuldaauen-Ordnung), 101.16.1239, wird **abgelehnt**.

35. Web-Service zum Bürgerengagement in der Stadt Kassel durch Beteiligung an dem Bundesprojekt "Engagierte Kommunen"

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.1248 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich in Zusammenarbeit mit dem Freiwilligenzentrum Kassel an dem Modellprojekt „Engagierte Kommunen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zu beteiligen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Web-Service zum Bürgerengagement in der Stadt Kassel durch Beteiligung an dem Bundesprojekt "Engagierte Kommunen", 101.16.1248, wird **zugestimmt**.

37. Neubau Tapetenmuseum/Grimm-Museum

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.1250 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, auf die Hessische Landesregierung einzuwirken, entsprechend der kurz vor der Landtagswahl von Ministerpräsident Koch gegebenen Zusage, zeitnah einen Beschluss für den Neubau des Tapetenmuseums zusammen mit dem Grimm-Museum auf dem Weinberg zu fassen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Antrag der FDP-Fraktion betr. Neubau Tapetenmuseum/Grimm-Museum, 101.16.1250, wird **zugestimmt**.

38. Platzumbenennung in Universitätsplatz

Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.1252 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, den Ortsbeiräten der Stadtteile Nord-Holland und Wesertor den Vorschlag zur Entscheidung zu unterbreiten, den Holländischen Platz in „Universitätsplatz“ umzubenennen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: FDP

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Enthaltung: Stadtverordnete Häfner und Yildirim
den

Beschluss

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Platzumbenennung in Universitätsplatz, 101.16.1252, wird **abgelehnt**.

39. Fußgängerüberweg zwischen Gericht und Kino einrichten

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1255 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, in der Frankfurter Strasse wird zwischen den Gerichtsgebäuden und dem Kino ein ampelgesicherter Fußgängerüberweg eingerichtet.

➤ Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG wird wie folgt geändert:

Der Magistrat wird beauftragt, in der Frankfurter Strasse wird zwischen den Gerichtsgebäuden und dem Kino ein ampelgesicherter Fußgängerüberweg eingerichtet.

Dies soll im Zusammenhang mit dem Umbau der Kreuzung Trompete geschehen. Die Schaltung einer grünen Welle bis zum Friedrichsplatz und die Sicherheit bei der Tiefgaragenausfahrt soll gewährleistet sein.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: CDU, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Fußgängerüberweg zwischen Gericht und Kino einrichten, 101.16.1255, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, in der Frankfurter Strasse wird zwischen den Gerichtsgebäuden und dem Kino ein ampelgesicherter Fußgängerüberweg eingerichtet.

Dies soll im Zusammenhang mit dem Umbau der Kreuzung Trompete geschehen. Die Schaltung einer grünen Welle bis zum Friedrichsplatz und die Sicherheit bei der Tiefgaragenausfahrt soll gewährleistet sein.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG,
Stadtverordnete Häfner und Yildirim

Ablehnung: CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Fußgängerüberweg zwischen Gericht und Kino einrichten, 101.16.1255, wird **zugestimmt**.

40. Fuldaaue - Nutzung durch Vereine baurechtlich absichern

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1256 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt,
die Planungsziele für den Bereich zwischen Auedamm und Fulda baurechtlich abzusichern.

Folgende Ziele sind insbesondere zu berücksichtigen:

- Sicherung und angemessene Erweiterung der Rudervereinsgebäude am Hangfuß des Auedamms
- Freihaltung des Streifens zwischen den bestehenden Gebäuden und der Fulda von baulicher Nutzung aus landschaftsplanerischen und naturschutzfachlichen Gründen und des Hochwasserschutzes
- Sicherstellung der Beteiligung der Gremien, Träger Öffentlicher Belange (TÖB) und BürgerInnen

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Fuldaaue - Nutzung durch Vereine baurechtlich absichern, 101.16.1256, wird **abgelehnt**.

41. Bericht zur Entwicklungsplanung des GWG-Gebäudebestandes

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1258 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt,

im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr in einer Sitzung vor der Sommerpause 2009 über die Entwicklungsplanung des GWG-Gebäudebestands zu berichten.

Insbesondere soll berichtet werden über:

- die Sanierungsplanung mit den Zielen, der zeitlichen Umsetzung und der Finanzierung

- das angestrebte Mietpreisniveau für die unterschiedlichen Standorte unter Berücksichtigung des Gebäudestandards
- die angestrebte Sozialstruktur
- Nutzungsqualität der Außenanlagen und infrastrukturelle Sozialangebote wie z.B. Mietergärten, Stadtteils-/ Mietertreffs, Mieterberäte, Sicherung bzw. Schaffung von wohnortnahen Versorgungsangeboten wie Kitas, Jugendeinrichtungen, Unterstützungsangebote für Ältere für ein langes Leben in der eigenen Wohnung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP,
Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: CDU, Stadtverordneter Häfner

Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Bericht zur Entwicklungsplanung des GWG-Gebäudebestandes, 101.16.1258, wird **zugestimmt**.

Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Jürgen Kaiser
Stadtverordnetenvorsteher

Heidi Woelk
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

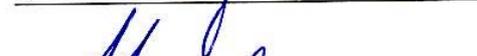
zur 31. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am
Montag, 30.03.2009, 16.00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Präsidium

Jürgen Kaiser, SPD
Stadtverordnetenvorsteher



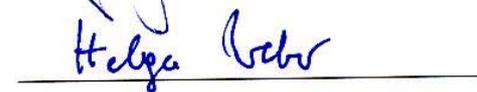
Hendrik Jordan, SPD
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher



Anke Bergmann, SPD
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin



Georg Lewandowski, CDU
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher



Helga Weber

Helga Weber, B90/Grüne
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Stadtverordnete

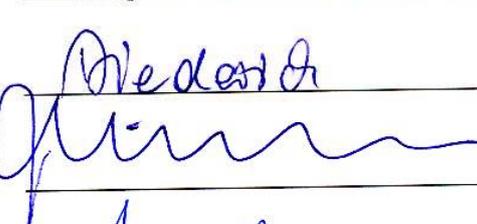
Dr. Rabani Alekuzei, SPD
Stadtverordneter



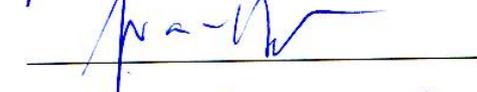
Barbara Bogdon, SPD
Stadtverordnete



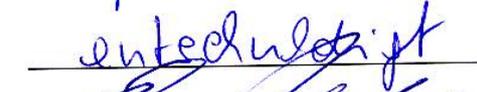
Wolfgang Decker, MdL, SPD
Stadtverordneter



Hannelore Diederich, SPD
Stadtverordnete



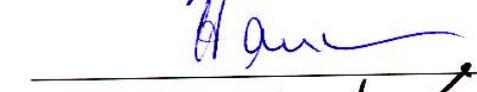
Dr. Manuel Eichler, SPD
Stadtverordneter



Uwe Frankenberger, MdL, SPD
Fraktionsvorsitzender



Petra Friedrich, SPD
Stadtverordnete



Christian Geselle, SPD
Stadtverordneter



Dr. Rainer Hanemann, SPD
Stadtverordneter



Dipl.-Ing. Hermann Hartig, SPD
Stadtverordneter



Elfi Heusinger von Waldegge, SPD
Stadtverordnete

entschuldigt

Dr. Bernd Hoppe, SPD
Stadtverordneter

Ullrich

Gabriele Jakat, SPD
Stadtverordnete

G. Jakat

Dr. Monika Junker-John, SPD
Stadtverordnete

Junker-John

Ellen Lappöhn, SPD
Stadtverordnete

Lappöhn

Peter Liebetrau, SPD
Stadtverordneter

P. Liebetrau

Ernst Meil, SPD
Stadtverordneter

Ernst Meil

Manfred Merz, SPD
Stadtverordneter

Manfred Merz

Lars Ramdohr, SPD
Stadtverordneter

Lars Ramdohr

Heidi Reimann, SPD
Stadtverordnete

Heidi Reimann

Wolfgang Rudolph, SPD
Stadtverordneter

Rudolph

Dr. Günther Schnell, SPD
Stadtverordneter

Günther Schnell

Elena Seewald, SPD
Stadtverordnete

E. Seewald

Harry Völler, SPD
Stadtverordneter

H. Völler

Volker Zeidler, SPD
Stadtverordneter

Volker Zeidler

Friedhelm Alster, CDU
Stadtverordneter

F. Alster

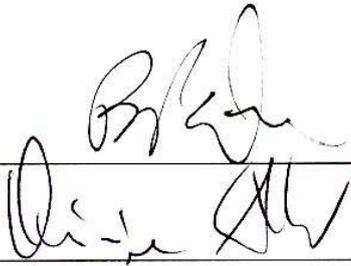
Michael Bathon, CDU
Stadtverordneter

M. Bathon

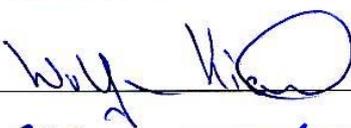
Dr. Maik Behschad, CDU
Stadtverordneter

Maik Behschad

Bernd-Peter Doose, CDU
Stadtverordneter



Dominique Kalb, CDU
Stadtverordneter



Wolfram Kieselbach, CDU
Stadtverordneter



Stefan Kortmann, CDU
Stadtverordneter



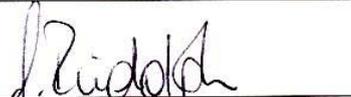
Eva Kühne-Hörmann, Staatsministerin, CDU
Stadtverordnete



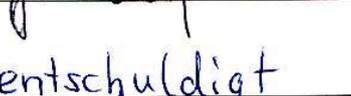
Nicola Mütterthies, CDU
Stadtverordnete



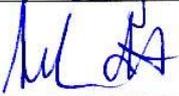
Dr. Michael von Rüden, CDU
Stadtverordneter



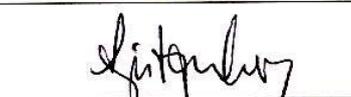
Sandra Rudolph, CDU
Stadtverordnete



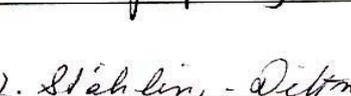
Bodo Schild, CDU
Stadtverordneter

entschuldigt


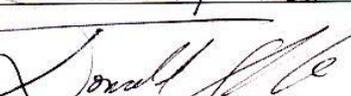
Lutz Schmidt, CDU
Stadtverordneter



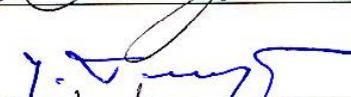
Alfons Spitzenberg, CDU
Stadtverordneter



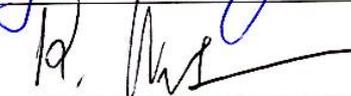
Waltraud Stähling-Dittmann, CDU
Stadtverordnete



Donald Strube, CDU
Stadtverordneter



Johann Thießen, CDU
Stadtverordneter



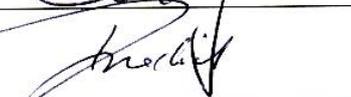
Klaus Weschbach, CDU
Stadtverordneter



Dr. Norbert Wett, CDU
Fraktionsvorsitzender



Dieter Beig, B90/Grüne
Stadtverordneter



Wolfgang Friedrich, B90/Grüne
Stadtverordneter



Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, B90/Grüne
Stadtverordnete

entschuldigt

Dr. Andreas Jürgens, MdL, B90/Grüne
Stadtverordneter

Anja Lipschik, B90/Grüne
Stadtverordnete

Heike Mattern, parteilos
Stadtverordnete

Karin Müller, MdL, B90/Grüne
Fraktionsvorsitzende

Dr. Klaus Ostermann, B90/Grüne
Stadtverordneter

Gernot Rönz, B90/Grüne
Stadtverordneter

Roswitha Rüschenndorf, parteilos
Stadtverordnete

Karl Schöberl, B90/Grüne
Stadtverordneter

Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordneter

Norbert Domes, Kasseler Linke.ASG
Fraktionsvorsitzender

Renate Gaß, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordnete

Axel Selbert, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordneter

Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordnete

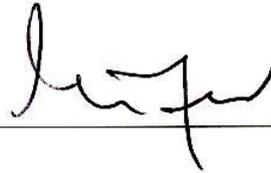
Michael Knab, FDP
Stadtverordneter

André Lippert, FDP
Stadtverordneter

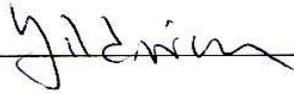
Frank Oberbrunner, FDP
Fraktionsvorsitzender

Gisela Schmidt, FDP
Stadtverordnete

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter



Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete



Ausländerbeirat

Kamil Saygin,
Vorsitzender des Ausländerbeirats

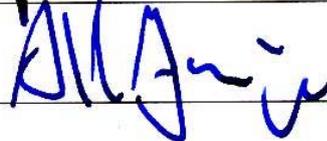


Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister



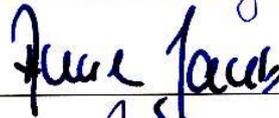
Thomas-Erik Junge, CDU
Bürgermeister



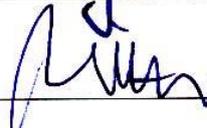
Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

entschuldigt

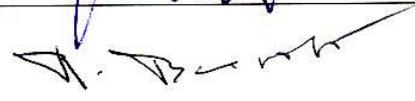
Anne Janz, B90/Grüne
Stadträtin



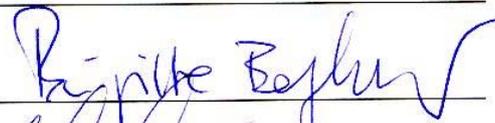
Norbert Witte, CDU
Stadtbaurat



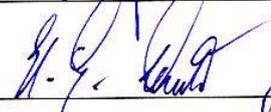
Rogelio Barroso, Kasseler Linke.ASG
Ehrenamtlicher Stadtrat



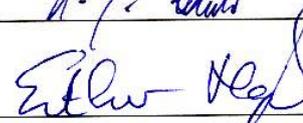
Brigitte Bergholter, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin



Heinz-Gunter Drubel, FDP
Ehrenamtlicher Stadtrat



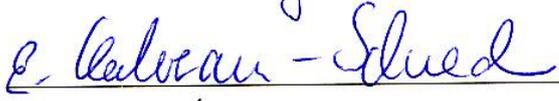
Esther Haß, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin



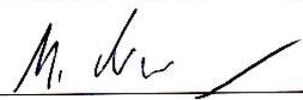
Bärbel Hengst, CDU
Ehrenamtliche Stadträtin

entschuldigt

Esther Kalveram-Schneider, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin



Hermann Kirchberg, CDU
Ehrenamtlicher Stadtrat



Anita Mahrt, CDU
Ehrenamtliche Stadträtin

entschuldigt

Annett Martin, B90/Grüne
Ehrenamtliche Stadträtin

Annett Martin

Hans-Jürgen Sandrock, SPD
Ehrenamtlicher Stadtrat

Hans-Jürgen Sandrock

Heinz Schmidt, CDU
Ehrenamtlicher Stadtrat

H. Schmidt

Richard Schramm, B90/Grüne
Ehrenamtlicher Stadtrat

Schramm

Hajo Schuy, SPD
Ehrenamtlicher Stadtrat

Hajo Schuy

Schriftführung

Anja Koch,
Schriftführerin

Anja Koch

Edith Schneider,
-16-

Edith Schneider

Heidi Woelk,
Schriftführerin

Heidi Woelk